

NG/FH: Wie verhält sich die Zukunftswerkstatt zum geltenden Grundsatzprogramm? In welches Ergebnis wird ihre Arbeit münden?

Nahles: Was wir als Ergebnis anstreben, ist eine andere Kultur der Kommunikation und der Partizipation sowohl für Mitglieder der SPD als auch für Nicht-Mitglieder. Mit Hilfe des Diskurses in den Zukunftswerkstätten sollen unsere allzu komfortablen und »ausgelatschten« Begriffe von Wachstum, Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit einem Realitätstest unterzogen werden, auch unter stärkerer Einbeziehung der Meinungen von Bürgerinnen und Bürger.

Im Rahmen meiner Initiative *Die Gute Gesellschaft* gingen wir der Frage nach, welche Voraussetzungen für eine solche Gesellschaft geschaffen werden müssen. Dazu gehört eine neue soziale Ordnung, die sich nicht allein mit der notwendi-

gen Regulierung der Märkte beschäftigt. Sie betrifft ebenso den Föderalismus. Bildung ist dafür das große Beispiel, aber nicht das einzige. Es geht um die Grundstruktur unseres Gemeinwesens, vor allem auch um die sozialen Sicherungssysteme: Wie finanzieren wir die Zukunft unseres Landes? Zu überprüfen sind alle Sozialversicherungen auf ihre Zukunftsfähigkeit.

Die Zukunftswerkstatt saugt wie ein Schwamm alle Themen auf. Das ist ein Experiment. 2011 werden wir auswerten, was uns bereichert und was eher in Sackgassen führt, um dann 2012/13 mit Blick auf die nächste Wahlkampagne die Methoden der Kommunikation und die wichtigen Inhalte in den Vordergrund zu rücken. Der Name Werkstatt ist ernst gemeint. Wir modernisieren die SPD programmatisch, indem wir Thema für Thema abarbeiten und die Partei nicht nur in den Köpfen der Menschen, sondern auch in ihren Herzen verankern.

Karsten Rudolph

Strategiebildung der SPD im neuen Parteiensystem

Die Parteien stecken in der Krise. Welche Gründe sind hierfür ursächlich und wie kann eine Neuaufstellung der SPD im »Sechs-Parteien-System« gelingen? Kurzfristig größere politische Macht zu erringen dürfte eine strategische Herausforderung historischer Dimension sein.

Karsten Rudolph

(* 1962) ist Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum. Letzte Veröffentlichung: *Wandel hat eine Heimat. Nordrhein-Westfalen in Geschichte und Gegenwart*, Hg. mit Stefan Goch.

karsten.rudolph@rub.de



Sie besitzt keine historischen Bezüge und vermengt umso leichter taktische mit strategischen Fragen. Deswegen erscheint sie gleichermaßen präsentistisch und technokratisch – eben wie ein Planstil im virtuellen Krisenstab der Politikberatung.

Seit inzwischen drei Jahrzehnten diagnostizieren die Parteienforscher den Niedergang der Volksparteien und die Ausdifferenzierung des Parteiensystems. Ausgewichen wird indes der Frage nach einer qualitativen Umformung oder gar Implosion des Parteiensystems. Denn es ist längst

Die in der deutschen Sozialdemokratie mit der Bundestagswahl von 2009 aufgebrochene politische Strategiedebatte zeichnet bislang zwei gravierende Schwächen aus.

nichts mehr so wie es war und einiges nicht mehr so wie es scheint. Die Etablierung der Linkspartei im politischen System der Bundesrepublik erschwert eine dauerhafte Mehrheitsbildung in den einst als hyperstabil geltenden politischen Institutionen der Bundesrepublik zusätzlich. Doch das politische Regime der Bonner Republik wird längst unterspült durch das zwar temporäre, aber wiederkehrende Festsetzen von rechts-extremen und rechtspopulistischen Parteien in verschiedenen Landesparlamenten oder durch den Sprung von freien Wählervereinigungen über die Grenzen einzelner Stadt- und Gemeinderäte hinweg.

Aufstieg neuer Flügelparteien

Die Konstellationen innerhalb des Parteiensystems haben sich ebenfalls nachhaltig verschoben. Drei historische Zyklen lassen sich ausmachen: Der erste Zyklus reichte von 1949 bis 1982. In ihm stellten die Volksparteien CDU/CSU und SPD über 30 Jahre lang als Flügelparteien mit Hilfe der »Funktionspartei« FDP dauerhafte Mehrheiten auf der Bundesebene her, dem nahezu das gesamte föderalistische System folgte. Die Große Koalition von 1966 bis 1969 kann hierbei als eine Scharnierphase gelten, in der der Umschwung vom »CDU-Staat« zur sozialliberalen Ära stattfand. Der zweite Zyklus zwischen 1982 und 2005 war durch eine Polarisierung zwischen einem »bürgerlichen« und progressiven Lager gekennzeichnet. In 23 Jahren erodierten die beiden Volksparteien und mit der FDP und der PDS/Linkspartei stiegen zwei neue Flügelparteien auf, was letzten Endes zum Intermezzo einer zweiten Großen Koalition zwischen 2005 und 2009 führte. Seitdem befinden wir uns in einem dritten Zyklus, der durch eine asymmetrische Lagerbildung (Joachim Raschke), eine fortschreitende Unübersichtlichkeit des föderalistischen Parteiensystems und geradezu existenzielle Krisen der »alten« Parteien

geprägt wird. Dem Aufstieg der FDP folgte in nur einem Jahr ein einschneidender Absturz, in der CDU und CSU verstärken sich die Auflösungstendenzen, die SPD kämpft um ihren Bestand als Volkspartei und auch die Linkspartei wird nicht mit ihren inneren Widersprüchen fertig. Allein die Grünen profitieren als mehrjährige Nichtregierungspartei von dieser Situation. Doch sticht man in dieses von allen Seiten im Ofen des Parteiensystems erhitzte Soufflé dürften sie ebenfalls in sich zusammenfallen. Denn von der Krise der anderen erzielen die Grünen lediglich einen relativen Vorteil; in absoluten Zahlen fangen sie weder durch mehr Mitglieder noch durch mehr Wähler den Niedergang der anderen Parteien auf.

Doch sollte man nicht Ursachen und Wirkungen verwechseln. Nicht das Sechsparteiensystem bringt die Krise der Parteien und prekäre Mehrheitsverhältnisse hervor, es sind vielmehr andere Gründe. Sie bestehen im allgemeinen Macht- und Bedeutungsverlust der Politik, in der intellektuellen Auszehrung des politischen Diskurses, im Ansehensverlust der politischen Klasse, in sinkenden Wahlbeteiligungen, in einem rasanten Zerfall soeben ins Amt gewählter Regierungen, in verfallenden Wählerbindungen und in den schwindenden materiellen wie moralischen Ressourcen der Parteien. Sie bewirken eine signifikante Verkürzung der Zyklen politischer Mehrheitsbildung und verstärken die wachsende Instabilität des politischen Systems. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass auch das Sechsparteiensystem unter einem erheblichen Legitimations- und Integrationsproblem leidet und immer weniger Bürger am demokratischen Staat teilhaben (wollen). Eine unmittelbare Gefahr für die Demokratie muss daraus nicht entstehen, doch die Parteien sind weit weniger gefestigt als dies dem krisengewohnten Beobachter erscheinen mag.

So verwandelt sich die CSU gerade in eine rechtspopulistische Regionalpartei.

Aus der früheren, stärker konservativ ausgelegten bayerischen Schwesterpartei der CDU wird eine »Lega Süd«. Die CDU, die Jürgen Rüttgers noch nach der Bundestagswahl als die letzte deutsche Volkspartei feierte, registriert allmählich, dass entgegen des auf Sonntagsreden verbreiteten Mantras von den konservativen, liberalen und christlichen Wurzeln nirgendwo geschrieben steht, dass konservative, neoliberale und linkskatholische Strömungen zu einer dauerhaften Parteibildung fähig sind – außer angesichts einer nachhaltigen Diskreditierung konservativer Parteien durch ein Bündnis mit faschistischen Bewegungen und unter den Bedingungen einer Konstellation des Kalten Krieges, die eine antikommunistische, bürgerliche Sammlungspartei begünstigen. Der Union ist es allerdings gelungen, diese antikommunistische Frontenstellung über 20 Jahre nach dem Ende des Systemgegensatzes in der deutschen Innenpolitik aufrecht zu erhalten. Insofern war die PDS ihr Glücksfall als die Warnung vor einem »rot-grünen Chaos« an Wirkung einbüßte. Dass die Union zur Formulierung eines konsistenten politischen Programms unfähig ist und sich inzwischen über 20 Prozent der deutschen Wähler vorstellen können, eine neue konservative Partei zu unterstützen, sind weitere konkrete Indizien für einen politischen Zerfallsprozess.

Die FDP hat sich seit den 80er Jahren in eine rechtsliberale Partei zurück entwickelt. Wie die DVP in der Weimarer Republik nach dem Tod Stresemanns setzt sie ganz auf eine Politik des Bürgerblocks. Von ihr eine Umkehr hin zu einer stärker linksliberalen Prägung zu erwarten, erscheint schon deshalb unwahrscheinlich, weil die Grünen diesen Platz im Parteienspektrum längst besetzt halten. Im Übrigen würde ein Nahkampf auf dem gleichen, engen Wählerspektrum eher eine politische Polarisierung zwischen zwei liberalen Parteien erwarten lassen, denn eine gefestigte Ampellösung.

Italienische und niederländische Menetekel

Nun mag man dies alles als eine grobe Überzeichnung der politischen Wirklichkeit hinstellen. Doch in einem anderen Frontstaat des Kalten Krieges, in Italien, brach das über Jahrzehnte funktionierende Parteiensystem innerhalb von weniger als vier Jahren zusammen. Noch 1990 brachten Christdemokraten, Sozialisten und der PCI vier Millionen Mitglieder zusammen, weit mehr als CDU/CSU, FDP und SPD in ihren Glanzzeiten. 1994 gab sich die stolze Democrazia Cristiana auf, die unter Craxi immer stärker gewordene Sozialistische Partei ging sang- und klanglos unter und die größte eurokommunistische Partei, der PCI, verschwand über die Democratici di Sinistra in der heutigen Demokratischen Partei. Ein Ende der Lagerbildung bedeutete dies jedoch nicht. Der Bipolarismus blieb bestehen, nur fußt er seitdem auf anderen, fragileren Partei- und äußerst fragmentierten Koalitionsbildungen. Italien mag einen Sonderfall für den rapiden Zusammenbruch eines korrumpierten Parteiensystems abgeben, doch ein Blick in die Niederlande genügt, um festzustellen: Auch ein Parteiensystem, das nicht von Staatsanwälten bedrängt wird, und Jahrzehnte von zwei Volksparteien gestaltet wurde, besitzt nach dem Ende des Kalten Krieges keine Bestandsgarantie.

Schließlich sollte eine Strategiedebatte unter die politische Oberfläche der deutschen Gesellschaft gehen. Denn es war und ist nicht nur die Großwetterlage oder die zunehmende Unzufriedenheit der Bürger mit den Parteien, die ein Parteiensystem zum Einsturz bringen kann. Die deutsche korporatistische Gesellschaft löste sich auch gleichsam von innen her auf, weil sich herrschende soziale Koalitionen samt ihrer ideologischen Ausformungen und materiellen Interessenlagen so verschoben, dass auch die institutionellen Strukturen des Systems der Interessenvermittlung und der

gesamte konkrete politische Prozess in einen Strudel der Veränderung gezogen wurde. Das Parteiensystem der Bonner Republik kann heute gar nicht mehr die Berliner Republik abbilden.

Die SPD wäre somit gut beraten, wenn sie nicht nur nach ihrer Stellung im Sechsparteien-System sucht und darüber streitet wie dieses zu gestalten ist, um kurzfristig größere politische Macht zu erwerben. Tatsächlich geht es um eine strategische Herausforderung historischer Dimension, die den Strukturwandel von Wirtschaft und Gesellschaft genau so konkret analysieren müsste wie sie neue politische Konstellationen auslotet. Erst daran lässt sich nämlich entscheiden, inwiefern letztere wirklich tragfähig und dauerhaft sein können.

Dazu ein einfaches Beispiel. Wenn es richtig ist, dass der Niedergang der SPD nicht zuletzt einer wachsenden Entfremdung zu gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern geschuldet ist und sich somit die Orientierung auf eine imaginäre Mitte der Gesellschaft bei Strafe einer weiteren politischen Entwurzelung sozialdemokratischer Politik verbietet, dann bildet die Verbesserung des Verhältnisses zu den Gewerkschaften eine strategische Voraussetzung für den mühsamen und langwie-

rigen Wiederaufstieg der Partei. Nicht jede Koalitionsbildung fördert indes eine solche neue strategische Verständigung mit den Gewerkschaften. Sie kann diese auch blockieren oder sogar dementieren. Mit den Worten von Tissy Bruns: die SPD (und auch keine andere Partei) kann sich ihren Ort im Parteiensystem nicht einfach aussuchen. Sie kann positive Präferenzen bilden (z.B. rot-grün), in ihrem Inneren besteht aber auch eine Hierarchie von Vermeidungsoptionen. Die Große Koalition wäre danach am ehesten zu vermeiden, weil sie die gefährliche Tendenz birgt, die Stellung beider Volksparteien zu untergraben. Wenn die SPD linke Volkspartei sein will, dann hat sie sich im Grunde entschieden – für ein Bündnis mit progressiven Parteien. Ob diese Allianz zustande kommt, hängt jedoch nicht von ihr allein sondern mindestens ebenso von ihren Wunschpartnern ab. Das bipolare Parteiensystem, das am ehesten für eine alternative Auswahl innerhalb der parlamentarischen Demokratie steht, ginge damit in die Verlängerung – mit neuartigen Verstrebnungen unter gewandelten Parteien ohne das die eigentlichen Ursachen für die Fragmentierung der deutschen Politik behoben wären.

